

Thema des Monats

Effizienzvorteile bei ÖPP-Projekten

(brb).-In seinen Erfahrungsbericht zu ÖPP weist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung darauf hin, dass die Generierung möglicher Effizienzvorteile der Kern der ÖPP-Initiative der Bundesregierung ist. Das Effizienzpotenzial von ÖPP liegt in der Gesamtkostenoptimierung durch den Lebenszyklusansatz. Durch Optimierung des Schnittstellenmanagements und der Verfahrensabläufe kann es zu Kosteneinsparungen kommen. Hinzu kommt die Nutzung privatwirtschaftlicher Anreizmechanismen aufgrund einer optimierten, auf das konkrete Vorhaben zugeschnittenen Risikoverteilung.

Nach den Erfahrungsberichten beruhen die Effizienzvorteile im Ergebnis des Gutachtens „PPP im öffentlichen Hochbau“ sowie der bisherigen Projekterfahrungen auf unterschiedlichen Faktoren:

- Kosteneinsparungen bei den Baukosten bei Einhaltung von vorher definierten Qualitäten und hoher Kostensicherheit durch Reduktion von Nachtragsrisiken.
- Einsparungen durch optimierte Planungs- und Bauzeiten bei hoher Terminalsicherheit. Hintergrund ist, dass der Private einen großen Anreiz zur frühen Fertigstellung des Projekts hat, da er sein Entgelt erst ab Nutzungsbeginn erhält.
- Einsparungen bei den Betriebskosten durch Lebenszyklusansatz; Sicherstellung der Werterhaltung der Immobilie.
- Vertraglich geregelte Anreizmechanismen, z. B. durch leistungsorientierte Vergütung.
- Private Eigenkapitalbeteiligung, die ein ausgeprägtes Interesse der Investoren am Erfolg des Projektes auslöst.
- Nutzung der Innovationspotenziale des Privaten.
- Generierung von Erträgen und Synergieeffekten: Optimale Auslastung des Grundstücks durch öffentlich-private Mischnutzung. Aufeinander abgestimmtes Planungs- und Nutzungskonzept. Gemeinsames Aktivitäts-Management.

[Weiter auf Seite 2](#)

Landesrechnungshof: Mehr Geld für Landesstraßen

(brb).-Der Niedersächsische Landesrechnungshof fordert in seinem Jahresbericht 2007 unter dem Punkt „Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes“ einen Ansatz von 70 Millionen Euro jährlich für den Landesstraßenbau. Die Summe setzt sich zusammen aus einem Betrag von 45 Millionen Euro für den Erhaltungsbedarf und 25 Millionen Euro für Verpflichtungen und Ausbauzusagen des Landes zur Beteiligung an Maßnahmen Dritter und zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten. Ausgangspunkt für die Überlegungen der Behörde ist die im Jahre 2005 im Auftrage des Landes durchgeführte visuelle Bewertung des Zustandes der niedersächsischen Landesstraßen durch ein externes Ingenieurbüro. Ergebnisse wurden der Bewertung im Jahre 2000 gegenübergestellt. Das Nettoanlagevermögen Landesstraßen bewertet der Landesrechnungshof mit 6,3

Milliarden Euro. Die Bewertung im Jahre 2005 hat sich gegenüber dem Jahr 2000 so verschlechtert, dass der Anlagewert um fast 100 Millionen Euro abgenommen hat. Für die rund 8.000 Kilometer Landesstraßen wird im Vergleich zu dem Ausgabevolumen 1977 ein rund 2/3 geringerer Betrag ausgegeben. Aufgrund der von der Projektgruppe „Erhaltungsbedarf Landesstraßen“ im Dezember 2001 erstellten wissenschaftlichen Prognose ermittelt der Landesrechnungshof für die Fahrbahnerhaltung der Landesstraßen einen Bedarf von jährlich 36 Millionen Euro, für die Erhaltung der Brücken 8 Millionen Euro und für die Radwegeberhaltung nochmals 1 Million Euro.

Die Erhöhung der investiven Mittel im Haushalt 2007 auf 42 Millionen Euro ist nach Auffassung des Landesrechnungshofes unzureichend. Damit wird nicht sichergestellt, dass für die Erhaltung der Landesstraßen genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Überblick

1 Thema des Monats: [Effizienzvorteile bei ÖPP-Projekten](#)

Landesrechnungshof:
Mehr Geld für Landesstraßen

2 Kommentar:

[Niedersachsen braucht Investitionen](#)

Fortsetzung von Seite 1:

[Effizienzvorteile bei ÖPP-Projekten](#)

ifo aktuell

3 Forum Nord:

Interview

mit Honorarkonsul Dr. Volker Müller,
Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände
Niedersachsen e.V., Hannover
Unternehmerverbände
Hauptgeschäftsführer sieht
positive Perspektiven

Verkehrsvolumen Straße hat
BVWP-Prognose 2015 erreicht

4 Trends und Märkte:

Kurz notiert

Rechnungshof:

[DB AG vernachlässigt Schienennetz](#)

[Impressum](#)



Kommentar:

Niedersachsen braucht Investitionen

(brb).- Und wieder gähnt das Sommerloch, vor dem es manche graust. Dabei ist jetzt doch eine wundervolle Zeit. Die Politiker verschwinden einfach von der Bühne und aus den Zeitungsspalten. Für einige Wochen gibt es nichts, über das sich ernsthaft aufzulegen lohnt. Sieht man mal ab vom Wetter, dem Doping, den Preisen. Miesepeter finden stets einen Grund zum Schimpfen.

Die sommerliche Ferienzeit ist bestens geeignet zum Abschalten, zum Ausspannen, zum Nachdenken. Auch und gerade Politiker sollten das nutzen: Für eine Weile nicht wichtigerisch über künftige Koalitionsmöglichkeiten und -unmöglichkeiten schwafeln. Vorübergehend nicht selbstgerecht dem politischen Gegner und manchem Parteifreund übel nachreden. Sondern sich selber, die bisherigen Konzepte und die eigene Auffassungen, denen die unaufhaltsame und weltweite Veränderung der alten Rahmenbedingungen bislang nur wenig hat antun können, mal auf den Prüfstand stellen.

Im Landtagswahlkampf, der vom Herbst an mit lärmender Vordergründigkeit Niedersachsen überziehen dürfte, wird das nicht mehr möglich sein. Trotz der, wie gewohnt, gegenteiligen Beteuerungen wird es in dieser Auseinandersetzung, in der sich CDU und FDP sowie SPD, Grüne und die derzeit als Linke firmende PDS gegenüberstehen, kaum um Sachfragen gehen. Vielmehr werden alle mit zähnefletschendem Lächeln Versprechungen machen und behaupten, sie seien die Besseren und zu ihren Vorstellungen gäb's keine Alternative.

[Weiter auf Seite 4](#)

Fortsetzung von Seite 1

Effizienzvorteile bei ÖPP-Projekten

Um diese Effizienzvorteile auch tatsächlich zu erzielen, müssen im Ergebnis bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Dazu zählen insbesondere:

- der politische Wille zur Realisierung eines ÖPP-Projekts,
- gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen, wie z. B. eine neutrale Gesetzgebung,
- ausgewogener Risikotransfer zwischen öffentlicher Hand und privatem Vertragspartner
- Einhaltung von ÖPP-spezifischen Verfahrensregeln, wie z. B. klare Organisationsstrukturen beim öffentlichen Auftraggeber, interdisziplinäre Projekt-

vorbereitung, outputorientierte Ausschreibungsunterlagen und hinreichende Anreizstrukturen im Vertragswerk (Bonus-Malus-Regelungen).

ÖPP stellt danach eine wertneutrale Alternative zur anderen Beschaffungsalternativen dar. Bei richtiger Anwendung kann es einen Beitrag zur effizienteren Umsetzung öffentlicher Investitionen leisten und damit zum Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur auf sämtlichen Ebenen staatlichen Handelns.

ifo aktuell

Juni 2007: alte Bundesländer

- Die Testteilnehmer beurteilen die aktuelle Geschäftslage etwas günstiger als im Vormonat. Die Erwartungen für die nächsten 6 Monate haben sich dagegen verschlechtert.
- Der Anteil der Firmen mit nicht-kostendeckenden Preisen lag im Juni 07 bei 34 Prozent (Juni 06: 33 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände stieg im Juni 07 auf 2,7 Monate nach 2,6 Monate im Mai 07 (Juni 06: 2,9).
- 11 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten Arbeitsplätze abzubauen, im Vorjahresmonat waren es 13 Prozent (Mai 07: 12 Prozent).

Juni 2007: neue Bundesländer

- Die aktuelle Geschäftslage und die Erwartungen für die nächsten 6 Monate haben sich im Vergleich zum Vormonat leicht verschlechtert.
- Nichtkostendeckende Preise haben im Juni 07 34 Prozent der Firmen gemeldet (Juni 06: 33 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände betrug im Juni 07 2,1 Monate (Mai 07: 2,0/Juni 06: 2,4).
- 9 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten einen Stellenabbau (Mai 07: 11 Prozent; Juni 06: 8 Prozent).



Forum Nord

(brb)-Im Gespräch mit Honorarkonsul Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer Unternehmensverbände Niedersachsen e.V., Hannover

Unternehmerverbände Hauptgeschäftsführer sieht positive Perspektiven

Baurundblick: Ausweislich einer kürzlich von der OECD vorgelegten Studie zählt Niedersachsen unter 248 untersuchten Regionen im Gebiet der OECD zu den 20 Regionen, mit besonders geringem Wachstum. Welche Chancen hat Niedersachsen nicht genutzt?

Dr. Volker Müller: Die Studie wertet nur die Jahre bis 2003 aus und vernachlässigt damit die letzten drei Jahre und in denen hat Niedersachsen, gerade was Wachstum angeht, einen deutlichen Schritt nach vorne gemacht.

Im aktuellen Bundesländerranking der WirtschaftsWoche in Kooperation mit dem IW Köln und der INSM hat Niedersachsen in dieser Disziplin gepunktet. Das BIP ist in Niedersachsen in den Jahren 2004 bis 2006 mit 4,5 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (3,6 Prozent) vergleichsweise stark gestiegen. Damit belegt Niedersachsen 2007 den 2. Platz hinter Baden-Württemberg.

Schaut man z. B. auf die Gründungsdynamik, so belegt Niedersachsen seit drei Jahren einen komfortablen dritten Platz und liegt mit seiner Gründungsintensität über dem Bundesdurchschnitt. So überstieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen in 2006 die Zahl der Abmeldungen um mehr als 16.000.

Deshalb denke ich, dass die Unternehmer in Niedersachsen ihre Chancen sehr wohl erkennen und nutzen, gemäß einem Motiv der Innovations-Kampagne: „Flaches Land hat auch seine Vorteile. Man kann nirgendwo die Beine hochlegen.“

Baurundblick: Wirtschaftsminister Hirche stellte kürzlich die Broschüre „Niedersachsen 2021 in Deutschland weit oben“ vor, in der die Potenziale und Perspektiven des Landes im globalen Standortwettbewerb

skizziert werden. Analysiert aus Ihrer Sicht das niedersächsische Wirtschaftsministerium die Potenziale des Flächenlandes zutreffend?

Dr. Volker Müller: Niedersachsen ist schon heute stark in den Bereichen Mobilitäts-, Ernährungs- und Energiewirtschaft.

Die gute Infrastruktur hat ein logistisches Netz geknüpft und Niedersachsen damit zu einem Dreh- und Angelpunkt im europäischen Warenverkehr gemacht. Dies bezieht sich nicht nur auf die Straße, sondern auch auf die Wasserwege und die niedersächsischen Häfen, die ihr Potenzial immer weiter entfalten. Der ambitionierte Tiefwasserhafen JadeWeserPort ist hier das richtige Signal.



Aber auch als Energieland Nummer eins in Deutschland haben sich die Niedersachsen etabliert. Das Ziel, die komplette Energiekette von der Erzeugung über Veredelung und

Verarbeitung bis hin zu Transport und Speicherung, birgt viel Zukunftspotenzial.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von kreativem Potenzial und Innovationen. Nur dadurch werden wir in Zukunft auf der Bühne der Weltwirtschaft weiter erfolgreich mitspielen können. Mit Niedriglohnländern können wir bzgl. günstiger Produktionsstandorte nicht mithalten, wohl aber im Bereich Forschung und Entwicklung und im Erarbeiten von kreativen Lösungen für immer diffiziler werdende Fragestellungen.

Deshalb sind die Perspektiven Niedersachsen für 2021 sehr positiv.

Baurundblick: Die niedersächsischen Kommunen können im laufenden Jahr gegenüber der letzten Steuerschätzung ein Plus von 279 Millionen Euro, 2008 von 496 Millionen Euro und in den Folgejahren weiterhin mit erheblichen Steuermehreinnahmen rechnen. Wie sollten die Gelder ausgegeben werden?

Dr. Volker Müller: Das oberste Ziel muss es sein, die Verschuldung abzubauen und wieder finanziell handlungsfähig zu werden. Das gilt für die Landeskasse ebenso wie für die Kassen der Kommunen. Nur wenn wieder finanzieller Spielraum besteht, können die kommunalen Aufgaben wieder vollumfänglich finanziert werden. Das werden auch die Bürger bemerken. Ich warne davor, dass Steuergelder einfach ausgegeben werden, ohne die notwendige Haushaltskonsolidierung durchzuführen.

Baurundblick: Die Globalisierung und die sich vertiefende Verflechtung der Wirtschaftsräume schreitet voran. Wie sollen aus Sicht der Wirtschaft in Niedersachsen die wachsenden Wirtschaftsräume bewältigt werden?

Dr. Volker Müller: Die Globalisierung wird vielfach als Schreckgespenst gesehen. Aber ich denke, wir sollten dies eher als Chance für uns verstehen und nutzen. Und die niedersächsische Wirtschaft tut dies bereits erfolgreich. Wir können uns diesen globalen Spielregeln auch gar nicht entziehen. Entscheidend ist, dass wir sie mitgestalten.

Der Niedersächsische Außenwirtschaftstag z.B., der dieses Jahr zum vierten Mal stattfand, hat sich als Kontaktplattform und Informationsbörse etabliert. Die Unternehmerverbände sind seit Beginn Kooperationspartner, da wir glauben, dass der persönliche Austausch mit potenziellen, ausländischen Geschäftspartnern die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit stark verbessert oder sogar erst ermöglicht.

Weltoffenheit und die Bereitschaft, sich auf neue und andere Bedingungen und Kulturen einzulassen, sind die Voraussetzungen für ein erfolgreiches globales Handeln, nicht umsonst ist Deutschland Exportweltmeister. Wir haben in Niedersachsen die Wichtigkeit einer internationalen Ausbildung und von interkultureller Kompetenz erkannt und sind mit der Internationalen Schule, der Gisma und der DMAN hier gut aufgestellt. So machen wir unseren Nachwuchs fit für den globalen Wettbewerb.



Trends und Märkte

Fortsetzung von Seite 2

Dabei könnte Wahlkampf doch ein Wettstreit von Ideen sein und allerbeste Gelegenheit, um ohne Schönfärberei über Probleme zu reden und über Problemlösungen. Wie fahrlässig es zum Beispiel ist, die Konsumausgaben eher zu erhöhen statt sie spürbar zurückzuführen. Wie wichtig, ja, überlebenswichtig intelligent finanzierte und damit rascher zu realisierende Investitionen sind. Und wie kurzfristig es doch ist, einer Sanierung der aus dem Gleichgewicht geratenen Haushalte pfennigfuchserisch Vorrang vor den investiven Ausgaben geben zu wollen.

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Niedersachsen braucht mehr Investitionen. Sie sind dringend erforderlich für die Verbesserung der Infrastruktur des Landes. Für seine Wettbewerbsfähigkeit. Für seine europaweite Attraktivität als Wirtschaftsstandort und damit für Industrieansiedlungen und Arbeitsplätze. Bloße Versprechungen und schöne Worte, die in Wahlkämpfen seit eh und je wohlfeil waren, sind zu wenig, um die Zukunft Niedersachsens zu sichern.

Rechnungshof: DB AG vernachlässigt Schienennetz

(brb).-Der Bundesrechnungshof hat dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgeworfen, die Deutsche Bahn AG nicht streng genug zu kontrollieren. In einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages werden die Beanstandungen des Eisenbahnbundesamtes übernommen. Dieses hatte eine jahrelange Vernachlässigung der erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen bei der DB AG festgestellt. Die DB Netz AG gab im Jahre 2003 für die drei Vorjahre jeweils deutlich mehr als 2.300 Fahrzeit verlängernde Mängelstellen an. Die Instandhaltungsaufwendungen der DB Netz AG unterschritten in den Jahren 2001 bis 2005 den im Jahre 2001 ermittelte Bedarf um mindestens 1,5 Milliarden Euro.

Der Bundesrechnungshof kritisiert, dass das Bundesverkehrsministerium offensichtlich die Gewährleistungspflicht gem. Art. 87 e Abs. 4 Grundgesetz verkennt. Danach hat der Bund bei Ausbau und Erhalt des Schienennetzes dem Wohl der Allgemeinheit Rechnung zu tragen. Das Ministerium habe dafür Sorge zu tragen, dass die DB AG ihren Verpflichtungen nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz hinreichend nachkomme. Nach Auffassung des Bundesrechnungshofes hat das Bundesmi-

nisterium ausreichende Möglichkeiten, die Rechte und Interessen des Bundes als Alleinaktionär der DB AG über die vom Bund in den Aufsichtsrat der DB AG entsandten Mitglieder umfassend wahrzunehmen.

Verkehrsvolumen Straße hat BVWP-Prognose 2015 erreicht

(brb).-Die Werthaltigkeit politisch und ideologisch beeinflusster Prognosen ist nach allen Erfahrungen gering. Dies trifft auch auf die Prognosen zur Entwicklung des Güterverkehrs, welche in den Bundesverkehrswegeplan 2003 (BVWP) eingeflossen sind, zu. Aus der neuen Mittelfristprognose des BMVBS bis 2010 geht hervor, dass die Verkehrsleistung im Straßengüterverkehr bereits das zum Zielhorizont des BVWP 03 im Jahre 2015 angesetzte Niveau erreicht hat. Beim Schienengüterverkehr sieht die Sache völlig anders aus. Jedoch kann festgehalten werden, dass auch hier eine erhebliche Steigerung erfolgte.

Kurz notiert

(brb).-Im Februar sank die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 48,0 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) sanken um 3,8 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 0,9 Prozent.

In den neuen Bundesländern sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im Februar 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 58,6 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) erhöhten sich um 2,5 Prozent, die für öffentliche Gebäude (in cbm) sanken um 49,8 Prozent.

Gewerbesteuer bereitet Kommunen große Freude

(brb).-Die deutsche Wirtschaft hat im ersten Quartal 7,5 Prozent mehr Gewerbesteuer gezahlt als im Vorjahreszeitraum. Mit gut 9,5 Milliarden Euro fielen die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus der aufkommensstärksten Unternehmenssteuer um 666 Millionen Euro höher aus als von Januar bis März 2006.

Grund für den rasanten Anstieg des Steueraufkommens ist vor allem die anhaltend gute Gewinnsituation der deutschen Wirtschaft. Davon profitieren im ersten Quartal besonders die Kommunen in Ostdeutschland. In Sachsen-Anhalt legte das Steueraufkommen um 28, in Sachsen um 18 und in Thüringen um 17 Prozent zu. Am anderen Ende der Quartalstabelle rangieren Bremen, Rheinland-Pfalz und Hessen – die dortigen Kommunen mussten Einnahmerückgänge verkraften.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH Escherstraße 22, 30159 Hannover Telefon (05 11) 70 08 60 Telefax (05 11) 7 00 86 86 ISDN (05 11) 7 00 86 71	Sparkasse Hannover Konto 547 646, BLZ 250 501 80 Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler
Norddeutsche Landesbank Girozentrale Konto 101020 964, BLZ 250 500 00	Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.